CDU GIESSEN
Stadtverordnetenfraktion

Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer:	**STV/1966/2024**
Öffentlichkeitsstatus:	öffentlich
Datum:	22.02.2024

Amt:	Büro der Stadtverordnetenversammlung
Aktenzeichen/Telefon:	- Al -/1032
Verfasser/-in:	Kathrin Schmidt und Klaus Peter Möller, CDU-Fraktion

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Stadtverordnetenversammlung		Entscheidung
Magistrat		Zur Kenntnisnahme

Betreff:
Vermietung städtischer Flächen
- Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion vom 21.02.2024 -

Antrag:
„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass die Vermietung städtischer Flächen an Gruppen wie die sogenannte „Antifaschistische Revolutionäre Aktion Gießen“ (kurz: ARAG), die auf Veranstaltungen und in ihrer Öffentlichkeitsarbeit ihre Ablehnung zum Existenzrecht Israels deutlich zum Ausdruck bringen, unterlassen wird.
Ferner wird der Magistrat dazu aufgefordert auch bei der Vermietung städtischer Flächen an Dritte bei der Gestaltung der Mietverträge darauf zu achten, dass keine Flächen an Gruppierungen wie die ARAG, beispielsweise durch Untervermietung / Weitervermietung, vermietet werden dürfen.“

Begründung:
Erneut kam es in dieser Woche zu einem Eklat durch linksextreme Gruppen bei der Gedenkveranstaltung anlässlich des Anschlags in Hanau. Simon Beckmann, der an diesem Abend für die Jüdische Gemeinde in Gießen sprechen sollte, wurde nach eigenen Aussagen geschubst und beleidigt, nachdem der rechtsextremistisch motivierte Anschlag in Hanau zuvor mit dem Militäreinsatz Israels im Gazastreifen gleichgesetzt wurde. Bereits seit längerem wird die Stadt sowie die Kulturgenossenschaft raumstation3539 aufgefordert, Räumlichkeiten und städtische Flächen nicht länger an Gruppen wie die sogenannte „Antifaschistische

Revolutionäre Aktion Gießen“ (kurz: ARAG) zu vermieten. Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen soll hierzu auch auf die raumstation3539 zugehen und das Gespräch suchen, um linkem wie rechten Antisemitismus in der Stadt den Nährboden zu entziehen. Bis eine solche Vermietung nicht unterlassen wird, sind Gespräche zum weiteren Umbau des Kulturgewerbehofs einzustellen. Den vielen Resolutionen und Worten der Unterstützung jüdischer Mitbürger müssen nun endlich Taten folgen.

Kathrin Schmidt
Stadtverordnete

Klaus Peter Möller
Fraktionsvorsitzender